

24. Mai 1969: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU zu Ergebnissen und Perspektiven der Ostpolitik*

Streng geheim

In Regierungskreisen Westdeutschlands werden einige Ergebnisse und Perspektiven der „Ostpolitik“ der Regierung diskutiert und man ist entschlossen, besonders seitens der SPD, diese auch künftig fortzusetzen, obwohl der rechte Flügel der CDU/CSU (Strauß, Schröder, Hassel, Guttenberg) diese scharf kritisiert und meint, dass diese Politik angesichts der Ereignisse in der ČSSR gescheitert sei.

Eine Analyse der offiziellen und inoffiziellen Äußerungen von Vertretern dieses Flügels zeigt, dass diese Kritik, einerseits durch parteiübergreifende Kämpfe und Bestrebungen der CDU/CSU, den Sozialdemokraten keine Möglichkeit zu geben, alleine die Lorbeeren in der Frage der „Ostpolitik“ zu ernten sowie gleichzeitig durch einen Machtkampf innerhalb der CDU/CSU hervorgerufen wird, andererseits aber auch durch eine tatsächliche Uneinigkeit des rechten Flügels der CDU/CSU bezüglich der Taktik ihrer Durchführung. Obwohl sie das Endziel der „Ostpolitik“ der Regierung uneingeschränkt unterstützen, meinen die Vertreter des genannten Flügels aber, dass die Taktik zur Durchführung, insbesondere der große Lärm, der rund um die Kontakte mit den europäischen sozialistischen Ländern aufgekommen sei, der BRD geschadet habe, sodass sie die wahren Ziele dieser Politik „preisgegeben hätte“. Ihrer Meinung nach stelle das Handeln der BRD in Bezug auf die europäischen sozialistischen Länder unter Umgehung der Sowjetunion eine Grundlage für die Behauptung dar, Westdeutschland strebe danach, die sozialistischen Länder von ihr zu entfremden und sie loszulösen. Den Kulminationspunkt der Reaktion der UdSSR auf die „Ostpolitik“ der westdeutschen Regierung sehen rechte Kreise der CDU/CSU im gemeinsamen Handeln der fünf sozialistischen Länder in Bezug auf die ČSSR im August des vergangenen Jahres, das sie als Zusammenbruch der „Ostpolitik“ der BRD bewerten. Nach Meinung der SPD-Führer und ihrer Befürworter in der CDU/CSU habe sich die „Ostpolitik“ bewährt und die tschechoslowakischen Ereignisse hätten lediglich ihre Richtigkeit bestätigt. Sie „passe“ in den Rahmen der allgemeinen Entspannung zwischen Ost und West und sei Teil der Konzeption des „Brückenbaus“. Sie entspreche den langfristigen Zielen der BRD und auch den Bedingungen, die in letzter Zeit in einer Reihe sozialistischer Länder entstanden seien. Nach Einschätzungen der SPD-Führung würden die bekannten Differenzen in der sozialistischen Gemeinschaft und in der internationalen kommunistischen Bewegung, die in Bezug auf die tschechoslowakischen Ereignisse offen geworden seien, zum Prozess der „Liberalisierung“ innerhalb der sozialistischen Länder beitragen und damit zum Erfolg der westdeutschen Politik. Deshalb gebe es keinen Grund für eine Abkehr von dieser Ostpolitik.

In Regierungskreisen der BRD wird akzeptiert, dass die gemeinsame Aktion der fünf sozialistischen Länder in Bezug auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei für eine Zeit lang einen Stillstand in den Beziehungen der BRD mit diesen Ländern hervorgerufen habe, zumal Westdeutschland die Entscheidung des NATO-Rates über eine gewisse Begrenzung der Kontakte mit ihnen unterstützte. Die Regierung stieß auf Schwierigkeiten bei der Lösung der Frage, welchen Weg man in Zukunft in der „Ostpolitik“ beschreiten soll. Da jedoch die Auswirkungen der tschechoslowakischen Ereignisse auf die internationale Situation in relativ kurzer Zeit bewältigt wurden, erachtete man es in Bonn als nicht zielführend, sich bei den Kontakten

* RGANI, F. 5, op. 61, d. 417, S. 1–8. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 24. Mai 1969, Nr. 1209-3, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 16882, 26. Mai 1969, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 15-D/4.“ Hs. vermerkt: „Ist den Gen[ossen] Katušev, Rusakov zur Kenntnis zu bringen, Suslov [Paraphe]. Katušev [Unterschrift]. Siehe S. 8.“ – Stempel: „In der Abteilung des ZK der KPdSU zur Kenntnis genommen, der Leiter des Sekretariats Zudin [Unterschrift], [Unterschrift unleserlich], 15-D/4, 5. Juni 1969.“ Hs. vermerkt: „Von Gen. Rusakov gelesen.“

mit den sozialistischen Ländern, zurückzuhalten. In einem Dokument des Auswärtigen Amtes der BRD vom Oktober 1968 wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die Bundesrepublik an einer Einschränkung der Kontakte mit diesen Ländern nicht interessiert sei, weil eine solche begrenzte Politik nur der DDR und der Sowjetunion, die „solche Kontakte als besonders gefährlich für die Einheit des sozialistischen Lagers erachten“, Vorteile bringen würde.

Nach Meinung der westdeutschen Regierung solle Westdeutschland einen Weg der intensiveren Erweiterung der Handels-, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit den europäischen sozialistischen Ländern einschlagen und auch zur Aktivierung des Tourismus und zur Aufnahme persönlicher Kontakte beitragen.

Die Führungspersönlichkeiten der BRD stützen ihre Einschätzungen nach wie vor darauf, dass in diesen Ländern weiterhin ein Interesse an der Normalisierung der Beziehungen mit der BRD bestehe, weil die Gründe, die sie dazu drängten und die v. a. mit deren wirtschaftlicher Situation und Wirtschaftspolitik zu tun hätten, weiterhin gültig seien. Die BRD baut ihre Beziehungen mit einem Großteil der europäischen sozialistischen Länder auf genau dieser Prämisse auf.

In Bonn meint man, dass ungeachtet der im Augst 1968 gemeinsam unternommenen Aktion der fünf sozialistischen Staaten in Bezug auf die ČSSR und den im Frühling des aktuellen Jahres erfolgten personalen Änderungen in der Führung der KPČ, in der Tschechoslowakei weiterhin objektive Bedingungen für „eine innere Liberalisierung“ herrschen würden und folglich auch positive Voraussetzungen für die „Ostpolitik“ der BRD. Dennoch solle man, wie man in Regierungskreisen Westdeutschlands annimmt, in nächster Zeit von jedweden offiziellen Schritten in Bezug auf die ČSSR absehen und eine besondere Vorsicht bei der Herstellung von Kontakten mit tschechoslowakischen Vertretern zeigen und in jedem Fall Publizität vermeiden.

Bis vor kurzem existierte in Bonn die einhellige Meinung, dass finanzielle und wirtschaftliche Hilfeleistungen für die ČSSR zweckmäßig wären. Diese Meinung entstand nach zahlreichen Reisen westdeutscher Industrieller, Geschäftsmänner, Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre in die Tschechoslowakei, sowie im Besonderen als Resultat von Gesprächen mit tschechoslowakischen Vertretern, die in der ersten Hälfte des Jahres 1968 mehrfach in Westdeutschland waren und nach dem August 1968 inoffiziell dorthin gefahren sind, aber unter anderen Namen und mit anderen Reisedokumenten.

Derzeit gibt es, den vorhandenen Unterlagen nach zu urteilen, in den Regierungskreisen der BRD keine Einigkeit in dieser Frage aufgrund der „unklaren Lage“ in der Tschechoslowakei. Gleichzeitig kann man in der BRD eine Tendenz zur Erweiterung von Kooperationen zwischen westdeutschen Firmen und tschechoslowakischen Unternehmen erkennen.

Zwischen der BRD und der Tschechoslowakei gibt es nach wie vor enge Kontakte auf der Ebene der Gewerkschaften. Von touristischen Reisen in die Tschechoslowakei wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, um Kontakte und Beziehungen herzustellen. Die Vorbereitungsarbeit zur Entsendung einer Gruppe von SPD-Abgeordneten des Bundestages, die im Sommer dieses Jahres als Touristen in die ČSSR zu einem Treffen mit tschechoslowakischen Sozialdemokraten reisen werden, wurde geleistet. Eine entsprechende Übereinkunft mit den Tschechen soll es scheinbar schon geben.

Besondere Bedeutung messen Regierungskreise der BRD der weiteren Entwicklung der Beziehungen Westdeutschlands zur Ungarischen Volksrepublik bei, in der Annahme, dass „einige“ sozialistische Länder der ungarischen Diplomatie die Rolle des Vermittlers bei der Kontaktaufnahme mit dem Westen zuweisen. Nach einer Weisung des Auswärtigen Amtes der BRD sollen die westdeutschen Vertreter im Ausland in Gesprächen mit Ungarn den Fokus auf die Propagierung der „friedliebenden Politik“ der BRD in Bezug auf die sozialistischen Länder legen und unterstreichen, dass Bonn bereit sei, die Handels-, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit ihnen auszubauen.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen ist man im Auswärtigen Amtes der BRD zufrieden mit der Entwicklung der Beziehungen Westdeutschlands mit Ungarn und es wird betont, dass die Vertreter offizieller ungarischer Einrichtungen den Bemühungen aus Bonn zur Erweiterung der Beziehungen mit der Volksrepublik Ungarn wohlwollend gegenüberstehen.

In Anbetracht des Interesses Ungarns an finanzieller Unterstützung durch die BRD, hält es die westdeutsche Seite (obwohl bilaterale Verhandlungen zu dieser Frage gegenwärtig stillstehen) für möglich, Ungarn einen Kredit im Namen des Konsortiums zu gewähren, in das Privatbanken („Simonbank“ und „Trinkausbank“) einsteigen werden, ebenso wie eine Reihe von Firmen (Siemens-Konzern, „MAN“, „Rheinstahl“). Anfang des Jahres 1969 hat eine Delegation aus Vertretern dieses Konsortiums sowie des Wirtschaftsministeriums der BRD Budapest besucht, um die Kreditfrage zu erörtern.

Regierungskreise Bonns bemühen sich um die Herstellung von Kontakten mit den verschiedensten Kreisen in Ungarn, u. a. auch mit den kirchlichen. Nach den zur Verfügung stehenden Informationen, besuchte der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin vor einiger Zeit Ungarn und vereinbarte mit der Führung der Reformierten Kirche der Volksrepublik Ungarn den Bau eines kirchlichen Seminars in Debrecen aus Mitteln der BRD als Geschenk für die Gläubigen Ungarns.

Die wirtschaftlichen Beziehungen der BRD mit Bulgarien haben sich wesentlich erweitert. Mit verschiedenen Firmen Westdeutschlands wurden Abkommen über den Bau, die Montage und über Lieferungen von Ausrüstung für Anlagen der chemischen, der Maschinenbau-, Energie-, Leicht- und Lebensmittelindustrie abgeschlossen. 1967/68 befanden sich 400 westdeutsche Spezialisten in der Volksrepublik Bulgarien. Gegenwärtig sind es mehr als 100 Experten. 1968 gewährte die BRD Bulgarien über das Institut für Entwicklungshilfekredite 55 Millionen DM.

Besorgt zeigt sich die Regierung in Bonn über die Beziehungen zu Polen. Nach Einschätzung der Regierungskreise der BRD kommt der polnischen Führung die Kälte in den Beziehungen mit der BRD entgegen, weil sie die „Konfrontation“ mit Westdeutschland nicht nur als Mittel zur Konsolidierung sozialistischer Länder betrachtet, sondern auch als ein wichtiges Instrument der selbständigen polnischen Außenpolitik, besonders dann, wenn sich die USA auf einen Dialog mit der Sowjetunion vorbereiten. Die Regierungskreise der BRD streben danach, das Misstrauen der Polen abzubauen. Dabei zählen sie, ihren Angaben nach, auf bestehende Kräfte in Polen, die zu einer Zusammenarbeit bereit sind. Die Westdeutschen richten den Fokus auf die Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (an denen auch Polen selbst interessiert ist) und versuchen dabei schrittweise die Kontakte zwischen den beiden Ländern aus einer rein wirtschaftlichen auf eine politische Ebene anzuheben. So enthielt ein richtungsweisendes Dokument des Auswärtigen Amtes der BRD vom Januar 1969 die Anweisung an den westdeutschen Handelsvertreter in Warschau, vorzufühlen, ob die Polen sich weiterhin für die Schaffung einer Zone der begrenzten Rüstung in Zentraleuropa interessieren. In den Gesprächen mit den polnischen Vertretern bekundeten die Westdeutschen ihre Bereitschaft, mit der Polnischen Volksrepublik Vorgespräche über die Grenzen zu führen. Nach wie vor wird hervorgehoben, dass Westdeutschland bereit sei, Gespräche auch über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Polnischen Volksrepublik zu führen.

Die Entwicklung der Beziehungen der BRD mit Rumänien und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erzielten nach Einschätzung der Regierungskreise der BRD nicht jenen Effekt, den man anfänglich erwartet hatte. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern entwickeln sich insgesamt zufriedenstellend, obwohl die Behörden der BRD wegen der hohen Verschuldung Rumäniens gegenüber der BRD beunruhigt sind und die Rumänen keine Eile an den Tag legen, diese zu begleichen. Das Auswärtige Amt der BRD stößt auch bei der Erweiterung der Kontakte mit der Volksrepublik Rumänien im Kulturbereich auf gewisse Schwierigkeiten. Nach den vorliegenden Informationen lehnte die rumäni-

sche Seite den Vorschlag der BRD über die Eröffnung eines westdeutschen Kulturzentrums in Bukarest ab.

Als besonders erfreulich werden von Regierungskreisen der BRD die Beziehungen der BRD zu Jugoslawien bewertet. Im Auswärtigen Amt stellt man fest, dass am Beispiel dieses Landes die Zweckmäßigkeit einer aktiven Handels- und Kreditpolitik der BRD zum Erreichen außenpolitischer Ziele deutlich wird. Nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes zeigt die Bereitstellung eines Kredits in Höhe von 300 Mio. DM an die Jugoslawen durch Westdeutschland einen positiven Einfluss auf die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad. Gegenwärtig hofft man in Bonn auf eine weitere Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Jugoslawien.

Die Regierungskreise der BRD halten ihre „Ostpolitik“ prinzipiell für richtig, gleichzeitig sind sie sich aber dessen bewusst, dass ihre effektive Durchführung durch die Positionierung der Sowjetunion und der DDR zurückgehalten wird. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass eine zukünftige „Ostpolitik“ auch die Politik in Bezug auf diese beiden Länder beinhalten müsse, und die Entwicklung der Kontakte mit ihnen müsse, wenn schon nicht vorab, dann aber auf jeden Fall parallel mit der Entwicklung der Beziehungen zu anderen europäischen sozialistischen Ländern ablaufen. Nach Einschätzungen der westdeutschen Führung entzieht eine solche „Erweiterung“ der „Ostpolitik“ der Sowjetunion und der DDR das Argument, dass diese Politik gegen sie gerichtet sei.

Die Regierung in Bonn hält es für notwendig ihren „guten Willen“ zu demonstrieren und initiative Schritte in Bezug auf die Sowjetunion zu unternehmen. Gleichzeitig hat sie keine Illusionen über die Bereitschaft der Sowjetunion zur Aktivierung der Beziehungen mit Westdeutschland. In Bonn hat man erkannt, dass die Sowjetunion bei keiner einzigen wesentlichen politischen Frage Zugeständnisse machen wird. Aber man hält allein schon das Faktum, dass mit der UdSSR Verhandlungen geführt werden, und dass es möglich ist, Übereinkünfte, zum Beispiel im Wirtschafts- und Kulturbereich, zu erzielen, für nützlich.

Im Auswärtigen Amt der BRD denkt man, dass die Sowjetunion – die prinzipiell an einer allgemeinen internationalen Entspannung interessiert und bezüglich der Perspektiven ihrer Beziehungen zu China verunsichert ist – nach einer Normalisierung dieser Beziehungen zu den westlichen Ländern streben muss, damit auch zur BRD. Die Bestätigung der Richtigkeit dieser Vermutung sieht das Auswärtige Amt darin, dass die Sowjetunion die „Sondierungsgespräche“ mit der BRD wegen der in Westberlin stattfindenden Bundesversammlung nicht unterbrochen hat, und dass sich die Sowjetunion während der Diskussionen über den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen „korrekt verhalten hätte“, als es darum ging, Änderungen vorzunehmen, die die Wünsche der BRD berücksichtigen.

Regierungskreise der BRD erkennen an, dass die frühere Orientierung der „Ostpolitik“ der BRD, die DDR von anderen sozialistischen Ländern zu isolieren, keinen Effekt gezeigt habe. Wie der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes der BRD, Kastl, auf einer der geschlossenen Sitzungen im März d. J. vermeldete, solle die Regierung der Bundesrepublik, die Verhandlungen mit der Sowjetunion anstrebe, die DDR nicht umgehen, die einen größeren Einfluss unter den sozialistischen Ländern genieße, als man bisher in der BRD angenommen hätte.

In einer Bewertung der Ergebnisse der Umsetzung der „Ostpolitik“ zieht die Regierung der BRD den Schluss, dass sich diese Politik insgesamt lohne. Nach wie vor genieße sie die Unterstützung der Verbündeten der BRD in der NATO und solle auch weitergeführt werden. Zur „Ostpolitik“ gebe es, wie in Bonn zugegeben wird, für die BRD keinerlei Alternativen.

Gleichzeitig sehen Regierungskreise ein, dass in nächster Zeit die Perspektiven zur Durchführung der „Ostpolitik“ noch nicht vielversprechend sind. Man setze auf Langfristigkeit, Beharrlichkeit und Vorsicht.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

N. Zacharov¹

¹ Hs. unterzeichnet.